



**dbb sh zu den Forderungen für die Einkommensrunde 2025:
Berechtigt und zeitgemäß sowie perspektivisch sinnvoll**

09.10.2024

Die Mitglieder in der dbb Bundestarifkommission aus Schleswig-Holstein haben mit ihren Stimmen die beschlossenen Forderungen für die Einkommensrunde Bund/Kommunen unterstützt. Denn sie passen zu den berechtigten Vorstellungen der Basis. Und sie bieten Perspektiven für nachfolgende Verhandlungen, wenn es um Tarifbeschäftigte des Landes sowie um Beamtinnen und Beamte geht.

Das geforderte Ergebnisvolumen in Höhe von 8 Prozent macht deutlich, dass eine erhebliche Optimierung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen als dringend erforderlich angesehen wird. Dabei geht es natürlich um die Tabellenwerte, aber auch um weitere Inhalte wie zusätzliche freie Tage (inklusive Bonus für Gewerkschaftsmitglieder) sowie selbstbestimmte Arbeitszeitflexibilität durch Arbeitszeitkonten.

Mit der gewerkschaftsseitigen Kündigung der TVöD-Regelungen zu Entgelt und Arbeitszeit wurde der notwendige Spielraum geschaffen, in den Verhandlungen die damit zusammenhängenden Themen zu belegen. Das betrifft auch die sogenannten „Sonderformen der Arbeit“, wozu zum Beispiel Rufbereitschaft, Bereitschaftszeiten und Überstunden gehören.

Die Arbeitgeber sollten die Zeit bis zu den am 24. Januar 2025 beginnenden Tarifverhandlungen nutzen, um das notwendige Bewusstsein für ein praxisgerechtes Ergebnis zu entwickeln. Denn die Praxis ist gekennzeichnet von Attraktivitätsmängeln des öffentlichen Dienstes sowie hohen Belastungen des Personals.

Die Bundestarifkommission des dbb wird künftig unterstützt durch die stv. dbb Landesvorsitzende Daniela Schönecker. Der diesem Gremium ebenfalls angehörende Landesvorsitzende Kai Tellkamp wurde ergänzend in die Verhandlungskommission für die anstehende Tarifrunde berufen.

Mit der den TVöD betreffenden Tarifrunde dürften auch wichtige Vorzeichen für nachfolgende Verhandlungen verbunden sein. Denn auch beim Tarifvertrag für die Länder besteht Handlungsbedarf. Gleiches gilt für die beamtenrechtlichen Regelungen auf Bundes- und Landesebene.

Die in diesem Zusammenhang vorgesehene Initiative gegenüber dem Bundesinnenministerium, die 41-Stunden-Woche für Beamte abzusenken, wird nicht nur vom dbb sh unterstützt, sondern hoffentlich eine Steilvorlage, das auch in Schleswig-Holstein bestehende „Bewerbungsverhinderungsprogramm“ endlich zu beenden.

dbb Info – Dienst